

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

109 (12.5.1921)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einsch. 50 ¢ Zustellgebühr; für Abholung in der Geschäftsstelle und in den Abzügen 4.80 M.; durch die Post bezogen 4.80 M. ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr monatl. Einzelzempl. 25 ¢. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: 3.50 M.; Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einpaltige Kolonelle 1.— M. Die Reklamezeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Nach der Kabinettsbildung

Aus Berlin, 11. Mai, wird berichtet: Das neue Reichskabinett hat in der vergangenen Nacht sofort nach der Abstimmung des Reichstags über das Ultimatum den Ententeregierungen mitgeteilt, daß ihre Forderungen angenommen seien. Das Schriftstück, das heute vormittag in Paris, Rom, London und Brüssel eingetroffen ist und auch nach Tokio gefahret wurde, ist kurz. Es enthält die Mitteilung von der Bildung der neuen Regierung und von dem Beschluß des Reichstags und zählt sodann die vier Punkte des Ultimatum im Wortlaut auf. Weitere Mitteilungen sind in der Note nicht enthalten.

Der Reichskanzler Dr. Wirth hat heute vormittag zunächst mit dem Pariser Botschafter Dr. Mayer konferiert. Im Laufe des Tages hat er mit den Führern der Parteien einzeln über die weitere Entscheidung der Dinge beraten. Die nächste Aufgabe des neuen Reichskanzlers ist die Befestigung des Wiederaufbauministeriums, die Befestigung des Außenministeriums. Wie wir hören, kommt dafür in erster Linie der gegenwärtige Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Kuno, in Frage. Darüber liegen bis zur Stunde noch keine Entscheidungen vor. Die dritte Sorge des neuen Reichskanzlers ist die Befestigung des Wiederaufbauministeriums, die Befestigung des Außenministeriums. Wie wir hören, kommt dafür in erster Linie der gegenwärtige Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Kuno, in Frage. Darüber liegen bis zur Stunde noch keine Entscheidungen vor. Die dritte Sorge des neuen Reichskanzlers ist die Befestigung des Wiederaufbauministeriums, die Befestigung des Außenministeriums. Wie wir hören, kommt dafür in erster Linie der gegenwärtige Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Kuno, in Frage. Darüber liegen bis zur Stunde noch keine Entscheidungen vor.

Nach den Feststellungen des Reichstagsbüros haben sich an der vorgeschlagenen Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des Ultimatum im ganzen 396 Abgeordnete beteiligt. Drei der abgegebenen Stimmzettel waren ungültig; von den 393 gültigen Stimmzetteln lauteten 221 auf Ja, 172 auf Nein. Ein Abgeordneter vom Zentrum hatte sich der Stimme enthalten. Für die Annahme stimmten sämtliche anwesenden Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, des Zentrums und der Fraktion der Unabhängigen, außerdem 17 Demokraten, 6 Mitglieder der Deutschen Volkspartei (der bisherige Vizekanzler Dr. Heinze, der bisherige Staatssekretär v. Kaumer und ferner die Abgeordneten v. Kardorff, Frau v. Dheim, v. Rheinbaben und Thiel), außerdem von der Bayerischen Volkspartei die beiden Abgeordneten Bonshab und Schirmer und endlich der aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossene Abgeordnete Reich (Hamburg). Der deutsche Botschafter in Paris Dr. Mayer-Kaufbeuren, der als Reichstagsabgeordneter der Bayerischen Volkspartei angehört, war bei der Abstimmung nicht anwesend. Der Fraktionsvorsitzende der Deutschen Volkspartei Abgeordneter Dr. Stresemann stimmte mit den Herren Stinnes und Bögler und der großen Mehrheit seiner Fraktion gegen die Annahme des Ultimatum. Die 17 Demokraten, die mit Ja gestimmt haben, sind die Abgeordneten Bahr, Graf Bernstorff, Dr. Böhm, Dr. Dernburg, Dr. Gehler, Dr. Göß, Dr. Gotthein, der württembergische Staatspräsident Dr. Dieder, der bisherige Minister des Innern Dr. Koch, Kroll, Frau Dr. Lüders, Dr. Radnische, Dr. Peterlen, Pohlmann, Schiffer, Schäferschuld, Mit Rein haben alle übrigen demokratischen Abgeordneten gestimmt.

Die gefasste Auffassung der Sozialdemokratie ging zunächst dahin, daß sie es darauf ankommen lassen müsse, die Bildung der kommenden Regierung den bürgerlichen Parteien zu überlassen. Auf der anderen Seite aber ist jetzt die Notwendigkeit der Annahme der Bedingungen mit so schmerzlichen Gründen belegt worden, daß die Partei es nicht verantworten zu können glaubte, der Regierung auch für den Fall fernzubleiben, wenn sich keine bürgerliche Regierung bilden ließe, die zur Annahme der Bedingungen bereit wäre.

Was die Durchführung und Erfüllung der Ententebedingungen angeht, so haben sich in den letzten Tagen entgegen der ziemlich allgemein vertretenen Auffassung von der Unmöglichkeit der Erfüllung der Bedingungen hervorragende Wirtschaftsverständige auf den Standpunkt gestellt, daß es Deutschland bei der Zusammenfassung aller seiner Kräfte wenigstens einige Jahre gelingen werde, die Bedingungen zu erfüllen.

Bei den Ausstreunungen deutschnationaler Blätter, daß nach Londoner Informationen auch im Falle der Annahme der Bedingungen das Rheinrevier besetzt werde, handelt es sich offenbar um einen Bluff.

Die deutsche Note über Annahme des Ultimatum

Berlin, 11. Mai. Dem deutschen Botschafter in London ist in der vergangenen Nacht folgende Note zur Übermittlung an Lord George telegraphisch übermittelt worden: Aufgrund des Beschlusses des Reichstags bin ich beauftragt, mit Bezug auf die letzten Entscheidungen der alliierten Mächte vom 5. Mai 1921 namens der deutschen Regierung folgendes, wie verlangt, zu erklären:

Die deutsche Regierung ist entschlossen, 1. ohne Vorbehalt oder Bedingungen ihre Verpflichtungen, wie sie von der Reparationskommission festgesetzt worden sind, zu erfüllen; 2. ohne Vorbehalt oder Bedingungen die von der Reparationskommission hinsichtlich dieser Verpflichtungen vorgeschriebenen Garantiemahnahmen anzunehmen oder zu verwirklichen; 3. ohne Vorbehalt oder Verzug die Maßnahmen nach Abrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft auszuführen, die in der Note der alliierten Mächte vom 21. Januar 1921 notifiziert worden sind, wobei die rüstungsbefreienden Abrüstungen sofort, die übrigen zu den vorgeschriebenen Zeiten auszuführen sind; 4. ohne Vorbehalt oder Verzug die Beurteilung der Kriegsschuldigen durchzuführen.

Ich bitte, die Alliierten Mächte von dieser Erklärung unverzüglich in Kenntnis zu setzen. Wirth.

Dieselbe Note ist gleichzeitig nach Paris, Rom, Brüssel und Tokio gesandt worden.

Berliner Pressestimmen

Das neue Reichskabinett wird von den Berliner Blättern, die den Parteien der jetzigen Koalition nachsehen, als eine Regierung des guten Willens begrüßt.

Der neue Reichskanzler wird auch vom „Vorwärts“ als demokratisch zuverlässiger Mann anerkannt, und wenn auch das Blatt nicht mit der Befestigung aller Ministerposten einverstanden ist, so stellt es diese Befestigung, die sich vor allem gegen das starke Liebersteins des „bürgerlichen“ Elements in der Regierung richtet, angelehnt an die drängenden Notlage zur. Das Kabinett Wirth, so erklärt der „Vorwärts“, sei von vornherein nur als Kabinettsmodell zu betrachten, zu dem Zweck gebildet, das deutsche Volk vor dem Untergang zu bewahren. — Die „Voss. Zeitung“ hält das Fernbleiben der Deutschen Volkspartei für einen objektiven Mangel des Ministeriums, da tiefgreifende Änderungen der wirtschaftlichen Struktur unmöglich gegen die maßgebenden wirtschaftlichen Kreise vorgenommen werden könnten, die hinter der Deutschen Volkspartei ständen. — Auch die „Germania“ bedauert die Faltung der Deutschen Volkspartei, durch die eine zukünftige Entwicklung in unserer innerpolitischen Lage eingetretet sei, und spricht die Vermutung aus, daß die Deutsche Volkspartei sich in ihrer Entscheidung von Er-

wägungen habe beeinflussen lassen, die nicht ganz sachlicher Natur seien.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die die Faltung der Deutschen Volkspartei mit den bekannten Gründen rechtfertigt, stellt sich dem Kabinett Wirth und seinem Programm wenigstens nicht ablehnend gegenüber. Sie drückt sogar den Wunsch aus, daß die neue Regierung die Fähigkeit und Kraft haben werde, den Einmarsch der Franzosen zu verhindern und sich für die Erfüllung der Ententebedingungen einzusetzen. „Wir erkennen rüchhaltslos an“, so heißt es weiter, „daß sich die Regierung um das Vaterland ein ungeheures Verdienst erworben wird, wenn ihr das gelingt. . . Wir sind, wie die Dinge nun einmal liegen, ohne Hoffnung. Aber weit entfernt, der neuen Regierung Schwierigkeiten in ihrem Wirken zu bereiten, treten wir dafür ein, daß sich alle aufbauenden Kräfte der Nation vereinen, um ihr die ungeheure Last, die sie auf ihre Schultern genommen hat, tragen zu helfen. Die Parteien der Rechten werden jedenfalls zur neuen Regierung nicht in Opposition treten, sondern werden sie gewähren lassen, soweit und solange ihre Politik darauf gerichtet ist, das Vaterland vor den schweren Schlägen zu bewahren, zu denen die Feinde gegen uns ausgeholt haben.“

In den Blättern der Deutschnationalen Volkspartei beginnt bereits heute völlig unverhüllt der schlimmste persönliche Berührungspunkt gegen die Unterzeichner des Ultimatum. Auch die „Kreuzzeitung“ schiebt die ganze Verantwortung für das kommende Schicksal den Parteien zu, die den Frieden von Versailles angenommen haben, und bestreitet trotz der scheinheiligen Versicherung, auch die Meinung des politischen Gegners anzuerkennen, vor allem der Sozialdemokratie die Ehrlichkeit der Motivierung ihrer Stellung. Die Sozialdemokratie habe ihre innerpolitischen Ziele mit der Not des Vaterlandes verknüpft und wolle durch ihren Eintritt in die Regierung nichts weiter als eine Fortsetzung der Revolution vorbereiten. Den Gipfel ihrer Verlogenheit erreicht diesmal nicht die „Deutsche Zeitung“, die sich darauf beschränkt, zu erklären, eine von der Regierung der deutschen Schande unterzeichnete Urkunde sei für sie nichts mehr als ein feines Papier, sondern die „Deutsche Tageszeitung“, indem sie die sozialdemokratische Partei beschuldigt, Clemenceau bei der praktischen Durchführung der französischen Vernichtungspraktik hilfreiche Hand zu leisten. Das deutschnationalen Blatt schreibt weiter: „Aus den Reihen von 20 Millionen Deutschen, denen der Ultimatumstreck die Kehle zugeschnitten wird, klettert die Treppe, auf der sie wieder zur Macht emporsteigen, und auf der Spitze dieser schauerlichen Pyramide streckt sie den französischen Militärjungen und Revanchepolitikern die Hand entgegen, in die diese spucken.“

Die Lage in Oberschlesien

Verhandlungen der Entente mit Korfanty — Anerkennung der polnischen Besetzung

Berlin, 10. Mai. (Privattelegramm.) Wie die „V. Z. a. M.“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, ist es in der interalliierten Kommission in Opatow zu einem offenen Bruch gekommen. Die italienischen und englischen Mitglieder stehen den französischen in schroffer Ablehnung gegenüber, denen sie vorwerfen, daß sie angeht die Sachlage in Oberschlesien verwickelt, die Lösung hinauszuziehen. Die Differenzen sind sogar rein persönlicher Natur geworden und es hat heftige Einzelgespräche zwischen Mitgliedern der Kommission gegeben. Der 2. italienische Bevollmächtigte, der Universitätsprofessor Passagli, hat sein Amt niedergelegt und ist abgereist, desgleichen haben 2 englische und ein italienischer Kreisintendant wegen ungenügender Unternehmung um die Enthebung von ihrem Posten gebeten.

Die Berliner, 11. Mai. In der Lage Oberschlesiens ist eine wesentliche Änderung nicht eingetreten. Wenn es gelungen ist, den Polen den Hafen von Cosel, den sie besetzt hatten, wieder abzunehmen, so sind doch große Mengen von Lebensmitteln in die Hände der Polen gefallen, so u. a. 40 000 Zentner Wehl, die zur Ernährung der Lebensmittellager dort aufbewahrt waren.

In einem von den polnischen Aufständigen veröffentlichten Heccebericht wird behauptet, daß bei den Kämpfen um Pogorzellek und Wrasa Reichswehrabteilungen festgehalten worden seien. Dadurch sei eine neue Lage geschaffen worden, der die polnische Regierung sofort Rechnung tragen werde. Demgegenüber wird von zuständiger Stelle erklärt, daß nicht ein einziger Reichswehrsoldat an den Kämpfen um Oberschlesien teilgenommen habe. Die ungarischen Darstellungen der polnischen Aufständigen haben nur den Zweck, die Teilnahme polnischer regulärer Truppen an den Kämpfen in Oberschlesien zu rechtfertigen.

W. O. Weitz, 11. Mai. Die Lage ist unverändert. Die Dorfbesitzer, die in die Stadt kommen, müssen polnische Ausweise haben. Telefonverbindungen in die Umgebung bestehen nicht. Kost ist von den Polen besetzt. Die Franzosen haben den polnischen Kommandanten zum Bürgermeister gemacht. Sanitätsrat Kofner ist verschleppt worden. Durch Feindtätigkeiten werden fortwährend polnische Truppentransporte. Vor der Front zurück bringen die Jäger Verbände. In den Dörfern werden die Deutschen zum Wachen herangezogen und zum Teil gezwungen. In Niedersdorf wurde ausgerufen, daß alle wehrfähige Männer bis zu 50 Jahren sich zum Dienst zu melden hätten. Der Landrat Kattowitz ist bis zum 15. Mai mit Lebensmitteln versehen.

W. O. Weitz, 11. Mai. Die Polen veranstalteten nachts in den umliegenden Ortschaften unter Glockengeläute und Schiessereien große festliche Umzüge mit Musik. In Hindenburg wurde am Vormittag ein großer Festzug abgehalten. In Wisniewitz fand ein Umzug statt, an dem auch Schulkinder teilnahmen. Am Witternachts wurde an der Kirchengasse ein mit Weisheit geschriebenes Plakat angeschlagen. Oberschlesien ist frei, vormittags findet ein Festgottesdienst statt.

Verhandlungen mit Korfanty

London, 11. Mai. Die „Times“ melden aus Beuthen: Die Verhandlungen zwischen der interalliierten Kommission und den Aufständischen hätten zu der Anerkennung Korfantys geführt. Die interalliierte Kommission übernehme die Verantwortung für die Oberaufsicht des Gebietes. Die Aufständischen erhalten jedoch die Kontrolle der Eisenbahnen. Wie das Blatt weiter meldet, ist die Demütigung der Alliierten in Oberschlesien vollständig. „Daily Mail“ zufolge erklärte Korfanty in einer Unterredung mit dem Verleger dieses Blattes, in einer Woche würden seine Streitkräfte die gesamte Provinz, die sie annectieren würden, besetzt halten.

W. O. Weitz, 11. Mai. Nach einem Warschauer Funkgespräch „An die“ soll ein Waffenstillstand zwischen Korfanty und der interalliierten Kommission abgeschlossen worden sein, der eine Demarkationslinie entsprechend der Korfantylinie festsetzt und bestimmt, daß ein Exekutivkomitee der Insurgenten im obereschlesischen Aufstandsgebiet die öffentliche Gewalt übernimmt, und daß die Polizei- und Gendarmerieverwaltung an die Insurgenten übergeht und das die Landesräte ihrer Ämter enthoben werden.

W. O. Weitz, 11. Mai. Auf der Eisenbahndirektion in Katowitz erschien gestern eine polnische Delegation und verlangte von den Kontrolloren der Eisenbahndirektion die Besetzung des Eisenbahndirektionspräsidenten wegen namentlich ausgeübter Differenzen. Die Beamtenhaft hat diese Forderung einstimmig zurückgewiesen. Die polnische Ordnung stellte darauf das alternative Ansuchen, die Beamten auf zwei Monate zu beurlauben und ihre Stellen von Polen zu besetzen und als dritten Vorschlag, fernerehin die Beamten in ihren Stellungen zu belassen, sie aber nur noch beratend neben polnischen Beamten tätig sein zu lassen. Eine Forderung der polnischen Delegation, alle Bahnhöfe des besetzten Gebietes für die Polen räumen zu lassen, wurde ohne weiteres abgelehnt.

W. O. Weitz, 12. Mai. Wie die polnische Telegraphen-Agentur meldet, geht die Demarkationslinie, die Korfanty mit der interalliierten Kommission vereinbart hat, über Bierdowitz, westlich von Hest, Groß-Streik und Koffowitz und geht der Grenze der Kreise Lublin und Cels entlang. Die französischen Truppen werden hinter die Demarkationslinie zurückgezogen. Im Gebiet entlang der Demarkationslinie geht die Verwaltung vollständig an die Polen über. Es bezogen sich, daß die Kreise mit polnischen Polizei- und Gendarmeriebehörden versehen wurden. Die interalliierte Kommission erklärt eine allgemeine Amnestie für alle am Aufstand Beteiligten, gleichgültig, auf welcher Seite sie gestanden haben. Die gefangenen Deutschen werden der alliierten Kommission übergeben, die gefangenen Polen kommen an Polen zurück.

tenwärtig oder frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit ge-
eährt werden.

Die badische Besoldungsreform beanstandet. Das vom Pa-
dischen Landtag im März geschaffene Besoldungsgesetz und Be-
soldungsordnung nebst den vom Finanzministerium herausge-
gebenen Erklärungen wurden vom Reichsfinanzminister auf-
Grund des Sperrgesetzes beanstandet. Es wird gegen verschie-
dene Bestimmungen des Gesetzes, der Besoldungsordnung und
der Erklärungen Einspruch erhoben werden. Wie der „Pa-
dische Beobachter“ hört, wird sich das badische Staatsministerium
mit der Weiterbehandlung der Angelegenheit befassen.

Zur Redaktionsänderung. Die Verhandlungen der Redak-
tionsänderung mit dem Reichsverkehrsministerium über die Redak-
tionsänderung haben, wie amtlich mitgeteilt wird, in allen wesent-
lichen Punkten zu einer Uebereinstimmung geführt. Die Ver-
handlungen wurden auf der Grundlage geführt, die vor kurzem
den Beteiligten badischen Interessenten in einer Besprechung im
Reichsverkehrsministerium bekannt gegeben wurde.

Die Wahlen zur Landwirtschaftskammer. Der Termin zur
Einreichung von Vorschlagslisten für die Wahlen zur badischen
Landwirtschaftskammer war am Samstag verstrichen. Da zwi-
schen den großen landwirtschaftlichen Organisationen, dem Bad.
Bauernverein, dem Bad. Genossenschaftsverband, dem Bad.
Landbunde und dem Landw. Vereine eine Vereinbarung über
eine gemeinsame Liste stattgefunden hatte, wurden bei jedem
der vier Landeskommissariate nur je eine Vorschlagsliste ein-
gereicht, jedoch die auf den Listen stehenden Vertreter als ge-
wählt zu gelten haben. Die Wähler der Arbeitnehmer zu der
Landwirtschaftskammer werden am 28. Mai vorgekommen werden.
Die erste Sitzung der neu gewählten Kammer, in der die
Konstituierung der Kammer vorgenommen werden wird, wird
voraussichtlich Mitte Juni stattfinden.

Nichtlinien für die Pachtungsordnung. Die bad. Land-
wirtschaftskammer hat mit Zustimmung der landwirtschaftlichen
Organisationen Richtlinien zur Durchführung der badischen
Pachtungsordnung aufgestellt. Die Richtlinien haben den Zweck,
die Pachtungsbedingungen auf die vielen Momente aufmerksam
zu machen, die beachtet werden sollen, um den berechtigten In-
teressen des Pächters und des Verpächters gerecht zu werden.

Badischer Landtag.

gr. Karlsruhe, 11. Mai.

38. Öffentliche Sitzung.

Präsident Koss eröffnet die Sitzung um 4.15 Uhr.

Auf eine kurze Anfrage teilt Regierungsrat Arnberg mit,
daß es nicht richtig sei, daß Rohabaf in größerer Menge einge-
führt werde. Nachdem der Tabak auf Wunsch der Interessent-
freie freigegeben wurde, kann man nunmehr nicht wieder zur
gegenwärtigen Preis übergehen.

Vorausgenehmigung verschiedener Positionen eines weiteren
Kreditgesetzes.

Die angeforderten 1800 000 M zur Fortführung der Bauten
an der medizinischen Klinik in Heidelberg, technischen Hochschule
in Karlsruhe und Realgymnasium in Ludw., sowie 3 000 000 M
zum Bau von Wohnungen in der Englerstraße in Karlsruhe
werden einstimmig genehmigt.

Hg. Dr. Uecker (Dem.) berichtet über den Antrag des
Staatsministeriums über die Inanspruchnahme des von der
Reichsregierung angebotenen Vorstufes von

52 Millionen Mark für die Gewährung von Baudarlehen
für 1921
und beantragt Genehmigung.

Hg. Beyer (Ztr.) kritisiert, daß bei den zu bauenden
Häusern Gelder angelegt werden. Der Häuserbau sollte nicht
von der Anlage von Geldern abhängig gemacht werden.

Arbeitsminister Engler weiß darauf hin, daß sich die badi-
sche Regierung auf die Bestimmungen des Reiches halte, die sie
für richtig und sozial halte.

Hg. Gerke (Ztr.) meint, daß zwei Mittel für Wohnungs-
bauten an die großen Städte kommen.

Der Antrag über Inanspruchnahme des Vorstufes von 52
Millionen Mark Baudarlehen wird genehmigt.

Polizeienkfrage

Hg. Schneider-Heidelberg (Ztr.) berichtet über die bereits
bekanntgegebene Denkschrift des Ministeriums des Innern über
den Ausbau der Polizei und beantragt Zustimmung, sowie Vor-
ausgenehmigung des durch die Einrichtung einer Polizeischule
erwachsenen Aufwandes von 122 100 M als Teil des 3. Nach-
tragsetats.

Die Polizeienkfrage und die Mittel für die Polizeischule
werden genehmigt.

Verlängerung des Sperrgesetzes bis 15. Juni 1921.

Hg. Dr. Bernauer (Ztr.) berichtet über das Sperrgesetz
vom 15. April 1919, das am 22. Dezember 1920 bis 15. Mai
1921 verlängert wurde. Der Verfassungsausschuß will nun-
mehr in nächster Zeit dem Hause einen schriftlich ausgearbeiteten
e u e n G e s e t z e n t w u r f vorlegen. Da dies nicht bis zum
15. Mai 1921 geschehen kann, beantragt der Haushaltsausschuß
Verlängerung des Sperrgesetzes bis 15. Juni 1921.

Hg. Seubert (Ztr.) erklärt sich namens verschiedener seiner
Freunde gegen die Verlängerung des Sperrgesetzes.

Hg. Dr. Mayer-Karlsruhe (D.M.) wendet sich ebenfalls
gegen die Verlängerung des Sperrgesetzes, worin jedoch nach
seiner Erklärung keine Stellungnahme gegen das kommende
neue Gesetz liegt.

Die Verlängerung des Sperrgesetzes bis 15. Juni 1921
wird gegen insgesamt 6 Stimmen der Deutschnationalen und
des Zentrums angenommen.

Hg. Naufsch (Soz.) berichtet namens der Kommission über
den Antrag Dr. Schöfer und Gen. betr.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten

und beantragt namens des Ausschusses im Reichsrat mit aller
Entschiedenheit für die Annahme des Antrags des Bundes
für deutsche Familie und Volkstanz zum Gesekentwurf zur
Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in je mit einzutreten,
als er eine erneute Beratung des Gesekentwurfs unter Zug-
von Sachverständigen auch aus Süddeutschland verlangt.

Nach kurzen Bemerkungen des Hg. Dr. Mayer-Karlsruhe
(D.M.) wird der Antrag des Ausschusses angenommen.

Nächste Sitzung: Donnerstag nachmittag 3 Uhr. — Tages-
ordnung: Enteignungsgesetz, Anträge und Petitionen.

Schluß der Sitzung: 5.20 Uhr.

Bedeutung der Feststellungen zum Grundstücks- sperrgesetz

II.

Aus dem Geschäftskreis des Ministeriums des Innern und
des Arbeitsministeriums liegen zahlreiche beachtliche Ausserun-
gen vor. In der Auffassung der Landeskommissare herrscht
beim Abweichen im einzelnen Uebereinstimmung darüber, daß
eine Aufhebung des Gesetzes verfrüht wäre. Ein Landes-
kommissar meint: So sehr ich die Mängel des Sperrgesetzes
erkenne, so halte ich doch eine Aufhebung für gefährlich. Mit
dieser wird ein wilder Güterhandel und eine Grundstückspekula-
tionswut einsehen, die wahrscheinlich noch größere Schädigungen
zur Folge haben werden als die Nachteile.

Die Berichte der Bezirksämter sprechen sich mit wenig Aus-
nahmen dahin aus, daß eine im Interesse der Gemeinwirtschaft
erwünschte Beschränkung der Preisbildung stattgefunden hat,
daß der Ueberfremdung und Güterpekulation entgegenge-
wirkt worden ist, ohne daß der Gütermarkt behindert wurde und
warren fast durchweg vor Aufhebung des Gesetzes. Ein Be-
zirksamt führt aus: „Die alsbald nach Inkrafttreten des Ge-
setzes erfolgende Veräußerung der Genehmigung gegenüber Aus-
ländern wirkte derart abbrechend, daß später nur noch ver-
einzelt Ausländer darauf abhoben.“ Ein anderes Bezirksamt
erklärt: „Nach unserer Ansicht ist es durch das Gesetz gelungen,
die Preise nach der Richtung zu beeinflussen, daß eine Fest-
legung allzuhoher Verkaufspreise in Grund und Boden ver-
hindert worden ist. Von besonderer Bedeutung erwies sich das
Vorkaufsrecht der Gemeinden. Es wäre erwünscht, dieses Vor-
kaufsrecht der Gemeinden noch weiter auszuweiten.“ Ein
weiteres Bezirksamt äußert: „Das Gesetz hat sich in unserem
ein landwirtschaftlichen Bezirk nach unsern Erfahrungen und
auch nach Ansicht maßgebender und urteilsfähiger Persönlich-
keiten aus landwirtschaftlichen Kreisen durchaus bewährt.“

Der Verband mittlerer Städte Badens gab seiner Auf-
fassung dahin Ausdruck, daß das Gesetz im allgemeinen inso-
fern günstig gewirkt hat, als einer Ueberfremdung des Grund-
und Bodens vorgebeugt werden konnte und die Preise für
Grundstücke immerhin auf einem erträglichen Stand gehalten
werden.“ Der badische Städteverband erklärt, daß das Gesetz
in Kraft bleiben muß, aber mit wesentlichen Änderungen
und Verbesserungen.“ Der badische Gemeindeverband äußert:
„Bei der außerordentlichen Bedeutung, die aus verschiedenen
Gründen gerade den Häuser- und Güterpreisen zukommt, halten
wir den Fortbestand und den Ausbau des Gesetzes im Interesse
der Allgemeinheit.“ Während die landwirtschaftlichen
Korporationen zumeist keine Freunde des Gesetzes sind, halten
die Handelskammern eine Aufhebung des Gesetzes für verfrüht.

Der Ortsausschuß Karlsruhe des Allgemeinen Deutschen
Gewerkschaftsbundes ist der Ansicht, daß das Gesetz wohlthätige
Wirkungen ausgeübt hat und beantragt „Verlängerung des
Sperrgesetzes auf unbegrenzte Dauer, bis eine Gesundung der
Wohnungsfrage durch Neubauten sowie eine reichsrechtliche
Regelung der Mietspiegelung eingetreten ist.“ Die Meinung
des Bezirksausschusses Karlsruhe des Deutschen Bauarbeiter-
verbandes geht einseitig dahin: „Die Grundstückspekulationen
sind aufrecht zu erhalten, zu verlängern und wenn
möglich zu verschärfen.“

Wes in allem ergibt sich aus diesen Erörterungen die Not-
wendigkeit der Verlängerung des Sperrgesetzes und die Vor-
bereitung zu einem dauernden unbefristeten Sperrgesetz unter
Ausmerzung der vorhandenen Mängel.

Gemeindepolitik

Der bayerische Städtebund und die Reichseinkommensteuer
Ludwigshafen, 7. Mai. Der bayerische Städtebund, der alle
Städte des rechts- und linksrheinischen Bayerns umfaßt, ist
gestern mittag hier zusammengetreten. Die Verhandlungen
waren nicht öffentlich. Bemerkenswert ist die Stellungnahme
zur Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz. In einer Ent-
scheidung, die nach einem eingehenden Referat vom Syndikus
Bürgermeister a. D. Anor einstimmig angenommen wurde,
heißt es u. a.: Die Gemeinden sind unmittelbar vor eine Kata-
strophe gebracht worden. Die Novelle hat mit großer Deutlich-
keit die Gefahren gezeigt, die auf der absoluten Abhängigkeit
der Gemeindefinanzen von der Reichseinkommensteuer und der
Reichsfinanzverwaltung drohen. Der Städtebund erhebt des-
halb die Forderung auf rasche und gründliche Beseitigung der
Quotenanteile der Länder und Gemeinden an den Reichs-
einkommen und die Wiedereinführung der Aufschlagautonomie auf
sämtlichen Gebieten der direkten Besteuerung. Ferner wird
beantragt, im Reichstag und Landtag je einen interfraktionellen
Ausschuß für kommunale Angelegenheiten zu bilden, die mit den
Vertretern der Gemeindeverbände in allen das gemeindliche
Leben berührenden Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung
Führung zu nehmen hat.

3. Mannheim, 4. Mai. Nach den Mannheimer Indez-
ziffern hat sich der durchschnittliche Preisstand gegen den
1. April kaum geändert. Das Preisniveau ist immer noch
12,5 mal so hoch als vor dem Kriege. Während die Gruppen-
indizes für Nahrung und Bekleidung eine allerdings recht ge-
ringfügige rückläufige Preisbewegung aufweisen, ist die Indez-
ziffer für die Gruppe Heizung und Beleuchtung von neuem
gestiegen, so daß sie nunmehr eine noch nie dagewesene Höhe
erreicht hat. Ebenso zeigen die Mietpreise eine steigende
Tendenz.

1. Unterwiesheim, 2. Mai. Freitag, 29. April, fand eine
Bürgerausschussung statt. Auf der Tagesordnung standen
5 Punkte. 1. Der Beitrag für die Handwerkerkammer soll vom
Jahre 1921 an von den Mitgliedern bezahlt werden. 2. Der
Beitrag für die Landwirtschaftskammer soll vom Jahre 1921
ebenfalls von den Mitgliedern bezahlt werden. 3. Erhöhung
der Lustbarkeitssteuer vom 1. Juni ab. 4. Genehmi-
gung der Erklärung betr. Staatszuschuß zum Siedlungsbau.
5. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden
von unserer Seite zwei schriftliche Anträge eingebracht mit dem
Erfuchen, sie, wenn möglich, noch auf die Tagesordnung zu neh-
men. Der Vorsitzende erklärte jedoch, dies wäre unmöglich.
Die Angelegenheit kommt somit auf die nächste Tagesordnung.
Der erste Antrag betrifft die Anstellung eines Schularztes.
Der zweite die der Vermögensfreiheit in der hiesigen Volksschule.
Es wird wohl die Besprechung der Anträge eine harte Auf-
gabe sein, die für verschiedene Herrschaften geben, denn es
wurde gleich mit Redensarten abgewunken wie: Wir haben
doch kein Geld, Ihr habt ja abgelehnt, wo man hätte holen
können, nämlich die Mindesteinkommensteuer der Arbeit-
er und Beamten usw. Die Herren werden aber die Antwort

nicht geschenkt bekommen. Die Punkte 1 und 2 wurden gegen
die sozialistischen Stimmen abgelehnt. Es ist also dennoch Geld
in der Kasse! Die Lustbarkeitssteuer wurde auf 100 M fest-
gelegt; unsere Fraktion erklärte sich für die Vorlage, jedoch
sollte jeder Verein einmal im Jahr eine Veranstaltung frei
haben. Der Antrag wurde gegen unsere Stimmen abgelehnt.
Vorlage 4 wurde einstimmig angenommen. Bei Punkt 5
verschiedenes wurden verschiedene Anfragen gestellt, die kurz be-
antwortet wurden.

Gernsbach. (Gemeinderat.) Den Brandgeschädigten in Gern-
sbach wird eine Gabe von 300 M überwiesen. — Zwei Miet-
verträge werden genehmigt, davon einer unter der Be-
dingung, daß die Miete auf einen angemessenen Betrag er-
mäßigt wird. — Die Instandsetzungsarbeiten der Außenseite
des zukünftigen Finanzamts werden an hiesige Unternehmer,
die die vorteilhaftesten Angebote eingereicht haben, vergeben. —
Der Verpachtung eines Geländestücks aus der Hand wird
unter gewissen Bedingungen zugestimmt. Die Genehmigung
des Bürgerausschusses zu der Handverpachtung wird gelegent-
lich in einer Sammelvorlage eingeholt. — Die Rechte der
Wohnungskommission werden insofern erweitert, als
der Gemeinderat sich nur noch ein allgemeines Verfügungsrecht
vorbehält. — Die Errichtung eines Gruppenhauses für sechs
Familien auf dem Kelterplatz wird unter der Voraussetzung
beschlossen, daß ein entsprechender Zuschuß aus Reichs- und
Staatsmitteln gewährt wird. Ehe dessen Höhe nicht bekannt
ist, soll die entsprechende Vorlage an den Bürgerausschuß nicht
gemacht werden. — Die bisherige Unterstützung der Witwe des
Kaisersoldaten Vetterdorf soll in einem beamteten Unterstützungs-
bezug umgewandelt werden. — Wegen der Bekämpfung der
Geschlechtskrankheiten werden weitere Maßnahmen nicht für
erforderlich erachtet. — Von der Ausübung des Vorkaufsrechts
sein Grundstückskauf Oah-Schneider wird abgesehen. — Die
Lustbarkeitssteuer für eine Veranstaltung der sozialdemokrati-
schen Partei wird festgesetzt. — Bei der zu Beginn der Ge-
meinderatsitzung stattgefundenen Armenratsitzung wurde das
nachgeforderte jährliche Pflegegeld von 500 M für einen
Pflegling, der auf dem Schafberg in Baden untergebracht ist,
fortbewilligt. Ferner der Anschaffung verschiedener Beklei-
dungsstücke für den Zwangszüchtling Theodor Schüle zugestimmt,
sowie Kenntnis genommen von den Anträgen zweier bisher
Unterstützten auf Einstellung der ihnen gewährten Unter-
stützungsbeträge. — Für einen im Asyl Bethesda untergebrach-
ten Pflegling wird ein tägliches Pflegegeld von 3 M gewährt.

1. Reichenbach, 8. Mai. Letzten Samstag ließ unser Bür-
germeister die Bauwilligen in der Gemeinde, d. h. solche, die
irgendwann und irgendwo sich einmal geäußert haben, sie wol-
len bauen, auf das Rathaus kommen, um ihnen bekannt zu
geben, daß auf die Gemeinde Reichenbach 30 000 M Baukosten-
zuschuß entfallen würden. Diese Mitteilung sollte wohl ein
Anreiz sein, um die Versammelten zu veranlassen, nun mit
ihren Bauten zu beginnen. Allein, dieser Betrag ist nur ein
Tropfen auf einen heißen Stein; die Bauwilligen können da-
mit nicht viel anfangen, wenn nicht der Betrag erhöht wird
und auch die Gemeinde einen Zuschuß leistet. Aber hier
liegt eben das Hindernis: der Herr Bürgermeister winkte deut-
lich ab: „Die Gemeinde gibt nichts!“ wird kategorisch erklärt.
Da hätte sich der Herr Bürgermeister die Einladung sparen kön-
nen. Es muß aber festgesetzt werden, daß unsere Gemein-
deverwaltung derart geringes soziales Verständnis aufbringt, daß
sie lieber die Wohnungsnot noch sich steigern läßt, als daß sie
ebenfalls ihr Möglichstes tut, um sie zu lindern. Wie gleich-
gültig die „maßgebenden“ Stellen dieser wichtigen Frage gegen-
überstehen, ist daraus zu ersehen, daß hier ein Kriegsbeschädigter
schon zwei volle Jahre mit seinem Bauvorhaben zu kämpfen
hat und bis heute noch zu keinem Resultat gekommen ist, ob-
wohl ihm schon im Jahre 1919 ein Staatszuschuß bewilligt
wurde. Die Gemeinde aber verhält sich ablehnend! Im April
hat sich der Mann erneut um ein Baudarlehen bemüht, der
Staat und das Reich bewilligten abermals, aber die Gemeinde
machte wiederum Schwierigkeiten. Seit 1919 lagert das Bau-
material, am 1. Juli 1920 sollte der Bau beendet sein. Wenn
dies nicht möglich war, so trifft die Schuld einzig und allein
unsere Ortsverwaltung. Ein derartiges Verhalten ist einfach
ein Sandhaufen und wir fordern die Aufsichtsbehörde auf, hier ein-
zugreifen und der Gemeindeverwaltung mit ihrem Bürger-
meister klar zu machen, daß sie auch auf dem Gebiete des Woh-
nungsbaus Pflichten hat.

2. Todtau, 9. Mai. Der Bürgerausschuß beschloß die Ein-
führung einer Lustbarkeitssteuer, ferner einer Fremdensteuer.
Pro Tag soll von jedem Kurgast oder Reisenden eine Gebühr
von 3 M erhoben werden.

3. Pforzheim, 10. Mai. Der Bürgerausschuß genehmigte die
Errichtung eines Freischwimmbades beim Wendischer Wehr
in Verbindung mit einem Licht- und Lustbad bei einem Kosten-
aufwand von 286 000 M. Ferner stimmte der Bürgerausschuß
der Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises von 50 auf 60 S zu.

Aus dem Lande

— Durmersheim, 10. Mai. Am vergangenen Sonntag
feierte die landwirtschaftliche Ein- und Verkaufsgenossenschaft
Durmersheim ihr 25jähriges Jubiläum.

* Reichenbach (Amt Ludw.), 9. Mai. In der Nähe des
„Schwanen“ mußte am Samstag vormittag der Zug der Lah-
rer Eisenbahn, der gerade die Station verlassen hatte, und sich
in ziemlich rascher Fahrt befand, plötzlich Halt machen. Mitten
auf dem Gleis, nur wenige Meter vor der Maschine entsetzt,
stand ein kaum zweijähriges Kind mit der Spitze im Arm und
schaute sich das furchende Ungeheuer in aller Ruhe an. Der Um-
sicht des Lokomotivführers war es zu verdanken, daß das kleine
Menschenkind ohne Schaden davontam.

3. Tengen, 9. Mai. Gestern morgen ist die Werkstätte
und das Magazin von D. G a b r i e l bis zum 2. Stadtwert aus-
gebrannt. Das Feuer, das auf Kurzschluß zurückzuführen sein
dürfte, richtete großen Schaden an.

* Wangen (Kreis Konstanz), 10. Mai. In Wangen begaben
sich Samstag nachmittag der 17jährige Tagelöhner Guard
K n o b e l und der 18jährige Fabrikarbeiter Josef K o b a c nach
dem nahen Schwarzensee und benutzten den am Ufer zum Trän-
ken ausgelegten schattigen Kahn eines Fischereiberechtigten.
Der Kahn scheint durch den Wind weit in den See hineingetrie-
ben worden zu sein und sich rasch mit Wasser gefüllt zu haben,
so daß die beide Insassen mit untergingen und ertranken. Die
Leiche des Knobel wurde geborgen, die des Kobac muß noch
gesucht werden.

3. Badenweiler, 7. Mai. Die Ortskrankenkasse Weinheim
hat die bisherige Kurpension Lindenbergs als Erholungsheim
für 215 000 M einschließlich Inventar erworben.

Hausfrauen, verlangt nur

Dr. Deffer's Backpulver

Das altbewährte



Einwohnerstatistik. Die Zahl der Einwohner betrug am 11. Dezember 1920 in Karlsruhe 138 170 gegen 142 942 im Dezember 1918. Die Zahl der Geburten stellte sich im Jahre 1920 auf 2155 gegen 1050 im Jahre 1918, also über das Doppelte. Die Zahl der Geburten betrug im Jahre 1920 3433 (1918: 2945), davon Lebendgeborene 3371, darunter männliche 1685, weibliche 1676. Gestorben sind im Jahre 1920 1984 (1918: 1877), darunter unter einem Jahr 349. Unter den Todesursachen sind hervorzuheben: Altersschwäche 185, Tuberkulose der Lunge 243, Lungenerkrankung 136, Infuenza und Grippe 84, Gehirnschlag 103, Herzschlag 69, Magen- und Darmkatarrh 64, Krebs 134, Selbstmord 24, Morb, Tothschlag und Hinrichtung 3, Berührungslinien 59. Das letzte Vierteljahr 1920 hat im Gegensatz zu den ersten drei der Stadt Karlsruhe einen Bevölkerungsgewinn gebracht, die Einwohnerzahl ist um 1940 Personen gestiegen.

Kriegsgefangenen-Heimkehr. Von Mannheim kommend, rufen 6 Voignon-Heimkehrer am Hauptbahnhof Karlsruhe ein. Generalarzt Dr. Mantel entbot mit warmen, zu Herzen gehenden Worten den Ankömmlingen die Willkommenströme der Heimat und der Stadt Karlsruhe. Dann ging es zu den Quartieren in der Dragonerleferne. Unter Jubelrufnahmen des Sonntagsgangs gelang es, die Heimkehrer in die engere Heimat, nach der sich alle herzlich sehnten, schon anderntags zu ermöglichen. Das Nachsehen der aus langer Strafkraft Kommenden war zufriedenstellend, was nur den aus der Heimat dem Lager Voignon zurückgebliebenen Viebsgaben zu danken ist. Die nächsten Transporte treffen voraussichtlich am 19. und 25. Mai hier ein. Wer über Angehörige im Lager Voignon Erkundigungen einziehen will, wird gebeten, sich am 20. bezw. 30. Mai im südlichen Mannschafsbau der Dragonerleferne, 8. Stoc, einzufinden.

Landestheater. Der Spielplan der Pfingstfeiertage umfasst eine Aufführung von Thomas Oper „Mignon“ mit Gede Schlegel in der Titelpartie und Selmutz Neugebauer als Wilhelm Meister am Sonntag, 15. Mai. Für Pfingstmontag ist eine Wiederholung von Wagners „Meistersinger von Nürnberg“ festgesetzt. — Im Konzerthaus werden am Pfingstsonntag Büchners erfolgreicher Schwan „Der neue Papa“, der sich eines steigenden Interesses erfreut und am Pfingstmontag das sich dauernd beliebt erhaltende Lustspiel „Die Welt von der Pfalz“ aufgeführt. — Die Erstaufführung der neuen Oper „Die tote Stadt“ von Erich Wolfgang Korngold ist für Mittwoch, 18. Mai, geplant.

Landestheater. In der heute Donnerstag, den 12. stattfindenden Wiederholung von Sebells „Judith“ wird Herr Baumhach wiederum den Holofernes spielen. — Frau Lange-Wate wird am Freitag, den 13. die Titelpartie in Lorhings „Aubine“ singen, da Fr. Stecher infolge plötzlicher Erkrankung der Hermea in „Walpurgisnacht“ zu sehr in Anspruch genommen ist.

Generalversammlung des Sozialdem. Vereins Karlsruhe

Einen recht guten Besuch wies die gestrige Generalversammlung des Sozialdem. Vereins im „Elefanten“ auf, die auch eigen anregenden und guten Verlauf nahm.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erzie die Versammlung die vorhergehenden Genossen Neumayer und Diele.

Den Geschäftsbericht erstattete der 1. Vorsitzende Gen. Schwerdt. Er bezeichnete das verfloßene Geschäftsjahr, als ein arbeitsreiches. Das Leben des Vereins widerspiegelt sich am besten in den Veranstaltungen desselben. Es fanden im letzten Jahr statt: 14 Hauptversammlungen, 2 öffentliche Versammlungen, zusammen also 16 große Versammlungen, die alle bis auf zwei einen vorzüglichen Besuch aufwiesen. Dazu kamen noch 7 Vertrauensmännerversammlungen, eine Anzahl Bezirksversammlungen der Bezirke und 15 Vorstandssitzungen. Redner streifte noch kurz die Frauen- und Jugendorganisation, sowie die Arbeitsgruppe der Geistesarbeiter. Vor allem gelte es, die finanzielle Lage der Partei noch mehr zu stärken, um den im Herbst stattfindenden Landtagswahlkampf, der ein sehr harter werden wird, gut bestehen zu können. Jedoch Geld allein tut es auch nicht, wenn nicht die Aufführung ebenfalls stattfindet. Es muß deshalb für einen Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit sein, den „Volksgesundheits“ zu abonnieren. Allen Genossen und Genossinnen, die der Partei ihre Dienste leisteten, sei herzlichster Dank ausgesprochen.

Dem mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Bericht des Gen. Schwerdt folgte der Aßensbericht von Gen. Lang. Derselbe weist ein erfreuliches Bild auf. Der Marxismus ist gewaltig gestiegen, Neulanten sind keine vorhanden. Der Widerstand hat sich bedeutend gehoben und hat bereits das dritte Tausend erreicht. Eine erfreuliche Erscheinung ist der kaum nennenswerte Wiederanstieg. Besonderen Dank gebührt den Einfassern für ihre arbeitsreiche Tätigkeit. — Gen. Krebs tonisiert, daß die stattgefundenen Resolutionen pünktlichste Aßensführung ergeben haben.

Genossin Müller gab hierauf den Bericht der Frauenfektion. Dieselbe hat in 10 Versammlungen verschiedene Frauenfragen behandelt. Segensreiche Arbeit leistete besonders die Kinderchulskommission mit den Ferienpausiergängen, wo Tausende Arbeiterkinder während den Ferien in den Wald geführt wurden, und dort Erholung und Freude fanden. Allen Spendern für die Kinderchulskommission gebühre Dank, besonders aber der Bauarbeitergenossenschaft „Selbsthilfe“, die 2000 M. gespendet habe. Berechtigte Klage sei zu führen über die Ungleichgültigkeit vieler Genossen gegenüber der Frauenbewegung. Bei diesen Genossen herrsche noch zu viel Bourgeoisie. Pflicht eines jeden Genossen müsse es sein, seine Frau der Partei zuzuführen und dafür zu sorgen, daß die „Gleichheit“ in jedes Arbeiterhaus kommt.

Den Bericht der Geistesarbeitergruppe gab Gen. Beck. Derselbe habe 23 Versammlungen abgehalten. Wenn auch die Bewegung nicht den erhofften Erfolg gebracht habe, so liege dies daran, daß viele Beamte von der Sozialdemokratie eine so reiche Unterstützung in jeder Beziehung erhoffen, welche dieselbe mit bestem Willen nicht erfüllen konnte. Das Ziel der sog. Geistesarbeiter sei ein Handinhandarbeiten mit den Handarbeitern zum Wohle des Sozialismus.

Ueber die Tätigkeit des Bildungsausschusses gab Gen. Winter einen ausführlichen Bericht. Er zeigt, daß u. a. 10 Veranstaltungen künstlerischer und bildnerischer Art, sowie zwei Lehrkurse stattfanden. Der Berichterstatter klage darüber, daß die Veranstaltungen gerade von denjenigen nicht besucht wurden, für die sie eigentlich getroffen wurden, nämlich von den Arbeitern im allgemeinen und speziell unserer Genossen. Viel Schuld daran seien die vielen Veranstaltungen einzelner Arbeiterorganisationen. — Anschließend daran erstattete Gen. Winter den Bericht über die Jugendbewegung. Der Stand derselben ist absonderlich nicht zufriedenstellend, trotzdem die Zeitung sich alle Mühe gibt, nur Gutes zu bieten. Es fanden statt: 33 Vorträge, 6 Hochschülerkurse, 31 Wanderungen, 3 große Veranstaltungen u. s. w. Ein großer Mangel besteht darin, daß es keinen Jugendheim gibt. Aufgabe der Genossen muß es sein, ihre Kinder der Jugendbewegung zuzuführen, denn so wenig ein überzeugter Sozialdemokrat seine Kinder in bürgerliche Sportvereine schicken kann, noch viel weniger sei es angehängt, daß die Kinder in einem bürgerlichen Jugendverein Mitglied sein können.

Ueber die Buchhandlung erstattete Gen. Döring einen Bericht. Seine Ausführungen bewiesen, daß die Buchhandlung auf gutem Fuß steht. Eine noch bessere Ausgestaltung ist möglich, wenn alle Genossen auch der Buchhandlung gegenüber ihre Pflicht erfüllen.

Als letzter Berichterstatter gab Gen. Kiefer ein Bild über die Frequenz der Parteibibliothek. Sehr erfreulich sei die große Zunahme der Bibliothek-Benützer, die beträgt 100 Prozent gegenüber dem Vorjahre. Notwendig ist die Beschaffung neuer Bücher.

An die Berichte schloß sich eine längere sachliche Diskussion an, in der allgemein der Tätigkeit des Vorstandes Anerkennung gesollt und der Dank dafür ausgesprochen wurde. Die Aussprache befahte sich nicht nur mit dem Geschäftsbericht, sondern auch mit der derzeitigen politischen Lage, besonders mit dem Eintritt unserer Genossen in die Reichsregierung, was gutgeheißen wurde. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Die heutige gut besuchte Generalversammlung des Sozialdem. Vereins erklärt sich unter den gegebenen Umständen damit einverstanden, daß unsere Partei sich an der Reichsregierung beteiligt und hoffentlich durchsetzt, daß die kommenden großen Wahlen nicht von den schwachen Schultern getragen werden müssen, sondern von denen, die dazu in der Lage sind.“

Ein weiterer Antrag, das Rauchen in den Versammlungen zu unterlassen und dieselben möglichst ohne Restauration stattfinden zu lassen, fand eine große Mehrheit. — Dem Raucher wurde einstimmige Entlassung erteilt.

Eine rasche Erhebung fanden die Neuwahlen, indem der alte Vorstand per Affirmation einstimmig wiedergewählt wurde.

Hiermit war die Tagesordnung erschöpft und Gen. Schwerdt schloß die Versammlung mit der Aufforderung an die Genossen und Genossinnen, auch im neuen Geschäftsjahr ihre Pflicht zu erfüllen.

Soziale Rundschau

Einspruch der Berufsmusiker

Der Musikerverband schied in dieser Angelegenheit nochmals eine Zuschrift, in der es heißt: Die Entgegnung auf die Entschuldig unserer Bezirkskonferenz verneint ganz, auf den eigentlichen Kern derselben einzugehen. Der ist: Die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Musikberuf hat durch den Ausbau der Arbeitsnachweise zu geschehen und ist Aufgabe der Musikerorganisation.

Die Musikerfacharbeitsnachweise sollen also wie die der anderen Berufe alle Arbeitsmöglichkeiten erfassen und vermitteln. Das war in Karlsruhe bislang nicht möglich, weil sich hier wohl die Berufsmusiker und auch Nebenberufsmusiker desselben bedienen, nicht aber die nebenberuflich gewerblich musizierenden Beamten. Bis auf einige weigerten diese sich, den vor einem Jahr dem hiesigen Städt. Arbeitsamt angegliederten Musikerfachnachweis als allein zuständige Vermittlungsstelle anzuerkennen. Derselbe dürfte bei Erfassung aller hiesigen Musikgeschäfte zweifelsohne den Beweis erbringen, daß in Karlsruhe, wo früher vier Militärkapellen mit über hundert Musikern reichliche Beschäftigung fanden, eine Kapelle von Berufsmusikern lebensfähig ist. Die Bildung einer solchen Kapelle soll anscheinend mit allen Mitteln verhindert werden, anders kann das völlige Außerachtlassen des hiesigen Musikerfachnachweises seitens der Beamtenmusik wohl kaum gebietet werden.

Ob nun die Karlsruher freistehenden Musiker völlig erwerbslos sind oder nicht, ist dabei unwesentlich. Tatsache ist jedenfalls, daß ihnen durch die erdrückende Konkurrenz von etwa sechzig hiesigen nebenberuflich gewerblich musizierenden Beamten (meist in etatsmäßigen Stellungen) das Leben derzeit erschwert wird, sobald man von einer wirklichen Notlage der Berufsmusiker überzeugt sein darf. Ist es daher verwunderlich, wenn gegen solche Konkurrenz eine immer mehr sich steigende Erbitterung besteht? Ist es nicht etwas ganz Selbstverständliches, wenn der Deutsche Musikerverband eine gründliche Regelung der Arbeitsverhältnisse im Musikberuf durch die zuständigen Arbeitsämter fordert? Hierdurch allein können die freistehenden Musiker vor äußerster Not geschützt werden. Wenn die Entgegnung sagt, daß gute Musiker hier leicht und genügend Beschäftigung finden, so trifft das nur für solche Berufsmusiker zu, die in ihrer Not sich den Beamten anschließen müßten. Sie wurden meist aber nur als Notlage benutzt. Könnte ihre Stimme durch einen Beamten befehrt werden, müßten sie fast immer zurückweichen. Waren sie aber den Beamten nicht mehr willfährig, wurden sie überhaupt kaum noch beschäftigt. Hierfür sind genügend Beweise vorhanden.

Wer einen Einblick hat, wie kümmerlich und mit welchen oft niederen Arbeiten und Nebenverdiensten hier manch freistehenden Musiker sich durchschlagen muß, kann erst richtig erkennen, wie drückend die Konkurrenz der Beamten ist und wie sehr die Karlsruher Verhältnisse nach der vom Deutschen Musikerverband geforderten Regelung scheitern.

Die Lage des Arbeitsmarkts in Baden

Die ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat angehalten. Abwärtstendenzen und Mangel an Aufträgen machen sich namentlich in der Metall- und Maschinenindustrie fühlbar. Da eine geringe Zahl von Arbeitern vorübergehend Beschäftigung als Tagelöhner fand und Erwerbslose unter die Notstandsarbeiter aufgenommen wurden, so hat sich die Erwerbsloseniffer schwach vermindert. Erwerbslosenunterstützungen wurden in Höhe von 333 301 M. ausbezahlt. Dazu kommen noch Kurzarbeiterzulagen in Höhe von 88 617 M. In den einzelnen Berufen haben sich die Verhältnisse nicht viel geändert.

— **Beamtenopfertag.** Auf den heutigen Donnerstag den 12. Mai, wird die gesamte Reichs-, Staats- und Gemeindebeamtenchaft, sowie die Lehrerschaft zu einem Opfertag für Beamtenüberfürsorge- und Beamtenerholungsheime aufgerufen.

Zurückbar sind die Wirkungen des ungelungen Krieges in den Reihen der Beamtenkinder. Malaria, Futurkälte und Tuberkulose haben in erschreckendem Maße zugenommen. Rettung tut hier dringend not. Spenden, die nicht an örtliche Sammelstellen abgeführt werden können, wollen auf das Postfachkonto des Badischen Beamtenbundes Karlsruhe, Nr. 13 018 mit dem Vermerk „Opfertag“ einbezahlt werden.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Paul Jacobs von Badesmühle, Kaufm. in Gärtnich, mit Elise Waber von hier. Otto Zell von hier, Lehrer hier, mit Helene Grimm von hier. Emil Kraebel von Wörth, Hauptlehrer in Baden, mit Emma Gall von hier. Emil Reich von hier, Buchhalter hier, mit Emilie Köllner von hier. Josef Deizmann von Leipferdingen, Kaufmann hier, mit Maria Meerisch von Grefeld. Martin Waber von Frankfurt, Kaufm. hier, mit Elisabeth Wolf von hier. Armin Nagel von Rastatt, Lehramtspraktikant in Ettlingen, mit Maria Waber von hier. Gustav Scheidweiler von hier, Monteur hier, mit Josephina Marzlin von Marlen. Friedrich Vint von hier, Kellner hier, mit Rosalia Willmann von Göttingen. Georg Lupberger von Windenreute, Malch-Jng. hier, mit Luise Heß von Godelsheim.

Todesfälle. Ida, alt 15 Jahre, Vater Ludwig Wumenking, Schneidemtr. Anna Dirl, alt 78 Jahre, Witwe des Reichenden Herrn Dirl. Eduard Lepzig, Schlosser, Chem. alt 48 Jahre.

Pfingst-Angebot
in billigen

Schuhwaren

Kinder-Schnürstiefel 42⁵⁰ 54⁵⁰ 59⁵⁰
Kleiderstr., z. strapazieren 27/30 31/35 36/39

Braune Box-Schnürstiefel 105⁰⁰ 115⁰⁰
mit Messingösen 27/30 31/35

Damen-Schnür-Halbschuhe 58⁵⁰
moderne Form, hoher Absatz

Grosse Auswahl in braunen Herren-, Damen- und Kinder-Stiefeln und Halbschuhen

Schuhhaus 4233

R. Danger

Kaisersstr. 161
Ecke Ritterstr.

Stadtgarten-Brunnenkuren

Von Pfingstmontag, den 15. d. Mts. an, werden am südlichen Stadtgarten eineinhalb Stunden lang, täglich in der Zeit von morgens 7-9 Uhr und nachmittags von 1-7 Uhr alle gewünschten Heilwasser sowie unbergorene Fruchtsäfte zum Ausschank selbstgehalten. Heilbrunnen in Brunnenenteperaturen werden wie früher nur in der Zeit von 7-9 Uhr vorm. ausgeföhrt.

Karlsruhe, 9. Mai 1921

Die Stadtgarten-Kommission.

Bad.Landestheater
Donnerstag den 12. Mai 6 1/2 - geg. 10. Mk. 12. —

Judith. 1142

Städt. Freibank.
Heilschabgabe 2141
Freitag 9-11 Uhr
Nr. 851-1000.

Kinderwagen und Kinderbettstühle
gut erhalten, zu verkaufen
Bittoriastr. 7, Stb. 3. St.

Sußballstiefel
Größe 42, noch gut erhalt., billig zu verkaufen.
Zeilstr. 45, Stb. 2. St.

Der Seifengehalt von

Flammer

seifenpulver

ist um

50%

erhöht worden



ÜBERZEUGEN SIE SICH VON DER GÜTE DURCH EINEN VERSUCH • Preis 1M.85 für ein Paket • KRAEMER-FLAMMER-HEILBRONNEN •

Volks-Buchhandlung

der Sozialdemokratischen Partei befindet sich

Adlerstrasse 16 **Karlsruhe** Telephon 3701

Bruchpreis
 Frisch eingetroffen einige Waggon
 Bruchpreis 2.-
 Bruchpreis groß 2.25
 Vollpreis gut fehend 2.50
 und 3.-
 Valencia-Safelreis 4.-
 Pfannkuch & Co.

Kragen
 -Wäscherei Schorpp
 liefert schnellstens
 Annahmestellen:
 Karlsruhe: Bernhardstraße 8, Kaiserstr. 34 u. 243, Gerwigstraße 46, Amalienstraße 15, Waldstraße 64, Wilhelmstraße 32, Augustastr. 13, Schillerstraße 18, Kaiserallee 37, Gabelsbergerstr. 1, Rheinstraße 18, Durlach: Hauptstraße 15.

Gemüse-Konserven
 Erbsen 7.75 an
 Schnitt- und Brechbohnen 6.75 an
 Tomaten-Purree 2.50, 3.75 an
 Pfirsiche
 Zwetschgen
 Mirabellen
 Birnen
 Helvetia-Confituren

Am Pfingstamstag, den 14. Mai 1921
 bleiben unsere sämtlichen Geschäftsräume geschlossen.
 Badische Bank, Veit L. Homburger, Mitteldeutsche Creditbank, Filiale Karlsruhe, Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe, Straus & Co., Süddeutsche Disconto-Gesellschaft, Vereinsbank Karlsruhe E. G. m. b. H.

Gesangverein Badenia Karlsruhe
 Eingetragter Verein
 Goldenes Jubiläum :: Pfingsten 1921 ::
 Samstag, 14. Mai, abends 8 Uhr, in der Städt. Festhalle
Großes Fest-Konzert
 unter gefl. Mitwirkung von Frl. Hildgard Baumann vom Opernhaus in Köln, Herrn Hermann Weil, Kammer- und Opernsänger von der Staatsoper in Wien und des vollst. Orchesters vom Landestheater Karlsruhe.
 2. Teil des Programms: „Frithjofsage“ v. H. Bruch. Musikal. Leitung: Ludwig Baumann.
 Preise der Plätze für Nichtmitglieder: 6, 5 und 4 Mark einschl. Steuer und Einlassgebühr.
 Nach dem Konzert **Ball** Balkarten 10 Mark.
 Am Sonntag, den 15. Mai, nachmittags 1/4 Uhr, im großen Saale der Festhalle
Festakt
 unter gefl. Mitwirkung des Herrn Opernsängers Eugen Kalnbach und des Deutschen Männergesangsvereins Zürich
 Preise für Nichtmitglieder: 4, 3 und 2 Mark einschl. Steuer und Einlassgebühr.
 Karten sind zu haben vom Dienstag, den 10. ab, in den Musikalienhandlungen Müller, Kaiserstrasse Nr. 124 a und Tafel, Kaiserstrasse Nr. 82 a und Schreibwarenbdg. Eiseler, Werderpl. 41

Verlobungs-Ringe Geschenkartikel
 in Gold und Silber
 Vereinspreise jeder Art empfiehlt
Christ. Fränkle, Goldschmied
 Karlsruhe, Kaiser-Wilhelm-Passage 7.

Pfingsten im Stadtgarten!
 Pfingst-Sonntag, den 15., und Pfingst-Montag, den 16. Mai, jeweils nachmittags von 3 1/2 bis 6 1/2 und abends von 7 1/2 bis 10 Uhr
FEST-KONZERTE
 (Kapelle des Musikvereins Harmonie)
 Mitwirkende:
 Am 15. abends **Gesangverein Badenia Karlsruhe** und **Deutscher Männergesangsverein Zürich**, am 16. nachmittags **Instrumental-Solisten**.
 Am 16. abends bei Einbruch der Dunkelheit:
Grosses Brillant-Feuerwerk Bengalische Beleuchtung der Anlagen ausgeführt vom Feuerwerkstechniker W. Fischer aus Cleebronn.
 Pfingstmontag vormittags 1/12 bis 1/1 Uhr **Frei-Konzert** (Schülerkapelle).
 Für die Nachmittags- und Abend-Konzerte an beiden Tagen wird nur ein einmaliges Eintrittsgeld erhoben und zwar: für Inhaber von Jahreskarten 1.20 Mk., für sonstige Personen 2.20 Mk., für Kinder je die Hälfte.
 An beiden Tagen werden ausser dem südlichen und nördlichen Stadtgarteneingang auch die Eingänge auf der Ostseite der Festhalle und an der Eitlinger Strasse geöffnet und mit Kassen besetzt werden.
Vorverkauf von Eintrittskarten an den Schalterkassen des Stadtgartens und beim Verkehrsverein.
 Bei schlechtem Wetter fallen sämtliche Konzerte und das Feuerwerk aus, ausgenommen das Nachmittags-Konzert am Pfingst-Montag, das dann in der Festhalle stattfindet. Dafür wird am Pfingst-Dienstag abend Konzert im Stadtgarten — bei schlechtem Wetter in der Festhalle — veranstaltet, gleichzeitig das Feuerwerk auf dem Stadtgarten. In letzterem Falle werden die Konzertbesucher durch ein Trompetensignal nach dem Garten zum Feuerwerk zurufen.

Mäquinas erhalten Personen jeden Standes auf Zahlung unter sehr günstigen Bedingungen, nur erstklassige Fabrikate. Auf Wunsch komme mit Katalog ins Haus. Spezialmaschinen für Schuhmacher, Schneider, Sattler usw. Offerten unter Chiffre Nr. 4189 an die Expedition d. Bl.

pfannkuch & Co
 frisch eingetroffen!
 Ein Waggon **Perplex-Margarine**
 Ertrag für Butter 12.50
 1/2-Pfund-Würfel
Trumpf-Margarine
 9.00
 1/2-Pfund-Würfel

Pfannkuch & Co
 C. m. b. H.

Arbeiter! Werbet für den „Volksfreund.“

Baubund-Möbel
 Verkauf gegen Teilzahlung
 in solider Ausführung den veränderten Verhältnissen in Bezug auf Preis und Formgebung angepasst
 Verkauf gegen Barzahlung bei der gemeinnützigen Hausratgeellschaft **Bad. Baubund G. m. b. H.**
 Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 22
 Gehaus-Rondellplatz, Fernsprecher 5157
 Tägl. geöffnet: vorm. 8-12, nachm. 2-6 Uhr

Bruchtaler Anzeigen.
 Gedruckt betr.
 Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß auch in diesem Jahre alle wegen Feldpreiselrückläufigkeit betroffenen Personen in beiden hiesigen Zeitungen sowie im Volksfreund in Karlsruhe veröffentlicht werden.
 Bruchtal, den 10. Mai 1921. 1147
 Bürgermeisteramt, Dr. Meißner, Boll.

Zugarten
 für werdende und stillende Mütter und für Kinder bis zum vollendeten zweiten Lebensjahre wollen am Freitag, den 13. Mai 1921, auf der Kartenausgabe, Zimmer Nr. 1, von den Empfangsberechtigten abgeholt werden. Die bei der Anmeldung zugewiesene Ausweisnummer ist vorzulegen.
 Bruchtal, den 11. Mai 1921.
 Kommunalverband Bruchtal-Stadt Kartenausgabe.

Kohlen-Ausgabe.
 Am Freitag, 13. April, wird bei nachstehend aufgeführten Kohlenhandlungen auf die Monatsmarkte Mai 21, Abschnitt I, für Küchen- und Zimmerbrand Brennmaterial abgegeben:
 Bei J. Demberger an die Kunden von Nr. 1 bis Nr. 702 je zwei Zentner Braunkohlenbrikett.
 Bei J. Schwaninger an die Kunden von Nr. 1 bis Nr. 430 je zwei Zentner Braunkohlenbrikett.
 Bei Straßer u. Federbusch an die Kunden von Nr. 1 bis Nr. 348 je ein Zentner Braunkohlenbrikett.
 Bei J. Rahn an die Kunden von Nr. 1 bis Nr. 288 je zwei Zentner Braunkohlenbrikett.
 Die bei J. Rahn eingelieferten Kunden werden durch die Kohlenhandlung von Straßer u. Federbusch beliefert.
 Das Brennmaterial muß bis zum 21. Mai abgeholt sein, andernfalls daselbst an weitere Kunden abgegeben wird. Auf Wunsch wird das Brennmaterial durch die Kohlenhandlungen geliefert.
 Bruchtal, den 11. Mai 1921.
 Ortskohlenstelle Bruchtal.

Rastatter Anzeigen.
Quäterspeisung.
 Die Quäterspeisung der werdenden und stillenden Mütter findet nachmittags, sonderbormittags 9 Uhr im Maria-Theresien-Gärtchen statt, und zwar erstmals am Dienstag, den 17. Mai.
 Rastatt, den 12. Mai 1921.
 Das Bürgermeisteramt.

Grasversteigerung und Wiesenverpachtung.
 Die Stadtgemeinde Rastatt läßt am Samstag, den 14. Mai, vormittags 8 Uhr mit Zusammenkunft am Rohrsitz das diesjährige Grasertragsland der Wiesen am Festungsgelände, sowie der Niederwiese am Rheintor, ferner 2 Dose Burgdammborland, 3 Dose Wiesen im Unterbruch und eine Restparzelle am Wirslein auf 3 jährige Pachtdauer versteigern.
 Rastatt, den 10. Mai 1921.
 Das Bürgermeisteramt.

Offenburger Anzeigen.
Milchpreis betreffend.
 Wir sind in die Lage gekommen, den Milchpreis ab 1. Mai auf 1.70 für den Liter zu erhöhen. Demzufolge sind wir genötigt, den Verkaufspreis im Kleinhandel auf 2.40 für den Liter Vollmilch und auf 1.50 für den Liter Mager- oder Buttermilch festzusetzen. Die Neufestsetzung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.
 Offenburg, den 9. Mai 1921.
 Der Stadtrat

Pfannkuch & Co
 Solange Vorrat! **Ausnahme-Angebot!**
Gemüse-Konserven
 Erbsen 4.75
 Schnittbohnen 3.25
 Tomaten-Purree 3.75

Höchste Preise
 für Kleider, Uniformen, Wäsche, Schuhe, Teppiche, Gardinen etc. etc.
S. Axelrad
 Telefon 3980
 Offenbacherstr. 32, 2. St.

Pfannkuch & Co
Schweine-Schmalz garantiert rein 11.-
Östol Tafel 11.-
Pflanzen-Fett Tafel 10.-
Margarine 1 Pfund-Würfel 9.-
Salat-Del feinstes 16.-
Salat-Del in Flaschen

